

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: **Solidarität mit kriminalisierten
Antifaschist*innen**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:

Antragstext

1 Angesichts der zunehmenden staatlichen Repressionen gegen Antifaschist*innen in
2 Deutschland und Europa erklären wir uns solidarisch mit allen, die aufgrund
3 ihres antifaschistischen Engagements kriminalisiert werden.

4 Insbesondere verurteilen wir die Auslieferung von Antifaschist*innen wie Maja T.
5 nach Ungarn, einem Staat, der durch seine autokratischen Tendenzen die
6 Grundrechte von Aktivistinnen massiv einschränkt. Deutschland darf sich nicht an
7 der Verfolgung von Menschen beteiligen, die sich mutig gegen Rechtsextremismus
8 und autoritäre Regierungen stellen. Wir fordern, dass die Bundesregierung sich
9 aktiv für den Schutz von Antifaschist*innen einsetzt und diese nicht Regimen
10 ausliefert, die demokratische Werte missachten.

11 Es zeigt sich ein bedenkliches Missverhältnis in der Strafverfolgung: Während
12 hunderte Neonazis per Haftbefehl gesucht werden, konzentriert sich der
13 Ermittlungseifer auf diejenigen, die sich aktiv gegen rechten Terror stellen.
14 Das sogenannte „Antifa-Ost-Verfahren“ und die Verurteilung von
15 Antifaschist*innen nach § 129 StGB, wie im Fall von Lina E., markieren einen
16 bedenklichen Höhepunkt der staatlichen Repressionen gegen linke Bewegungen.

17 Der Versuch, durch den Einsatz von § 129 StGB antifaschistische Aktivitäten als
18 Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu kriminalisieren, ist

19 gefährlich. Die Anwendung des Konstrukts der „kriminellen Vereinigung“ dient
20 hier vor allem dazu, legitimen antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren
21 und ein Klima der Angst und Einschüchterung zu schaffen. In einem demokratischen
22 Rechtsstaat darf legitimer antifaschistischer Widerstand nicht durch Konstrukte
23 wie die „kriminelle Vereinigung“ verunglimpft werden.

24 Der Staat zeigt auf unschöne Weise seine Macht, indem er das Verfahren bei der
25 Bundesanwaltschaft ansiedelt und medienwirksam darstellt, um antifaschistische
26 Aktivist*innen als Bedrohung darzustellen.

27 Die Botschaft dieser Repression ist klar: Einschüchterung und Abschreckung von
28 antifaschistischem Engagement. Doch wir sagen deutlich: Wir lassen uns nicht zum
29 Schweigen bringen! Die Jusos Sachsen solidarisieren sich mit allen
30 Antifaschist*innen, die aufgrund ihres Widerstandes gegen rechte Strukturen
31 kriminalisiert werden.

32 Des Weiteren fordern wir die Abschaffung der §§ 129, 129a und 129b StGB, die den
33 Strafverfolgungsbehörden unverhältnismäßige Ermittlungsbefugnisse einräumen und
34 oft gezielt gegen linke Aktivist*innen eingesetzt werden. Die wirkliche
35 Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaft geht von der rechten Szene aus,
36 nicht von jenen, die sich ihr entschlossen entgegenstellen.

37 Die Jusos Sachsen stehen für ein klares Bekenntnis zu Antifaschismus und fordern
38 von der Bundesregierung, sich ihrer Verantwortung zu stellen: Antifaschist*innen
39 müssen geschützt, nicht kriminalisiert werden.